

Mit Ernährungssouveränität gegen die kannibalistische Weltordnung

Wie sieht die Welt aus, wenn wir uns nicht weiter durch die Benachteiligung anderer bereichern, fragt sich der Philosoph Harald Lemke in seinem neuen Buch «Politik des Essens».

Thomas Gröbly. 200 Dollar für einen Hamburger!? Er ist jedoch für 2 Dollar zu haben. Die restlichen Kosten zahlen andere, Kosten für gerechte Löhne, Gesundheit, Klima und Umwelt. Die Preisdifferenz zeigt die systemische Schiefelage unseres globalen Ernährungssystems und die ökologischen Hypothesen, die wir zukünftigen Generationen ungerechtfertigterweise aufladen. Der Philosoph Harald Lemke serviert uns mit seinem neuen Buch «Politik des Essens» ein bittersüßes Menü. Bitter in der Analyse und süß, weil für ihn die Veränderungen beim «guten Essen» beginnen. Er verurteilt die ungerechten Wirtschaftsstrukturen als kolonialistisches Erbe und sieht die Lösung in einer Politik von unten, welche beim alltäglichen Einkauf von fair gehandelten Bioprodukten aus der Region und bei einem genussvollen Essen beginnt. **Das tägliche Essen sei nicht Privatsache, sondern Politik**, so eine seiner zentralen Thesen.

Es ist aussergewöhnlich, dass sich Philosophen mit dem Essen und dem Bauerntum beschäftigen. Für Lemke ist das jedoch selbstverständlich, nicht nur, weil wir täglich essen, sondern auch, weil wir eine globale «kosmopolitische Tischgesellschaft» sind. Viele Lebensmittel reisen um die halbe Welt und hinterlassen im schlimmsten Fall verarmte Bäuerinnen und Bauern, unfruchtbare Böden, schwindende Biodiversität, verschmutztes Wasser und eine kulturelle Verarmung. Nach Lemke hat sich die Philosophie mit der Ernährungsfrage zu beschäftigen, weil es dabei letztlich um Selbstbestimmung und Demokratie geht.

Massaker des Hungers

Lemke nimmt kein Blatt vor den Mund, wenn er vom «Massaker des Hungers», vom «Dritten Weltkrieg» (Jean Ziegler) oder von der «Politik des kontrollierten Massensterbens des verwalteten Welthungers» schreibt. **Die Banken habe man mit Unsummen gerettet, nicht aber die hungernden Menschen, empört sich der Autor.** Lemke ist es wichtig, den Hun-



Slow Food Eat-In: gemeinschaftliches Essen ohne Multitasking als politischer Akt in Zeiten der Anonymität und Hyperaktivität?

Foto: Kevin Krejci auf Flickr

gernden ein Gesicht zu geben. Sie leben meist in ländlichen Gegenden, und ihnen fehlen Geld und Zugang zu Land. Diese Situation ist historisch gewachsen: Nach einer langen Zeit des Kolonialismus wurde die Liberalisierung der Märkte mit Freihandel und Exportorientierung forciert. In den letzten 20 Jahren setzte der aggressive Neoliberalismus eine «kannibalistische Weltordnung» (Jean Ziegler) durch. Diese kapitalistische «Planwirtschaft» im Interesse der Grosskonzerne und der Finanzindustrie nimmt auf die Hungernden keine Rücksicht. Lemke zitiert den Philosophen Thomas Pogge, der beschreibt, dass das weltweite Hungerelend eine «andauernde Menschenrechtsverletzung – wohl die grösste je verübte Menschenrechtsverletzung in der Geschichte ... [ist], für die in erster Linie die Regierungen und Wähler der mächtigen Länder die Verantwortung tragen.» (S. 59). Da auch wir mit unserem täglichen Konsumverhalten handelnde Beteiligte sind, «gibt es keine ethische Lebenspraxis, die nicht zugleich eine immanent politische Praxis wäre, und es gibt keine praktische Alltagsethik, die nicht zugleich eine politische Ethik wäre» (S. 41).

Gemeingüter statt Privateigentum

Dem globalen Agrarkapitalismus, der die Freiheit und Menschenrechte der Bäuerinnen und Bauern verletzt, hält Lemke das Konzept der

Ernährungssouveränität von *Via Campesina* entgegen. **Im Gegensatz zum Ansatz der Ernährungssicherung, der implizit auf Freihandel, Privatisierung und Machtkonzentration beruht, stellt die Ernährungssouveränität das Prinzip des sozialen Eigentums (Gemeingüter) an die erste Stelle, um Hunger und Armut zu bekämpfen.** Der «bäuerliche Weg» birgt weiter das Potenzial in sich, eine ökologische Agrikultur zu erhalten bzw. zu fördern und könnte uns alle von der Entfremdung des Essens befreien.

Lemke entwickelt vier Grundsätze einer «soveränen Agrikultur». Die Forderung nach freiem Zugang zu Land, Saatgut, Wasser, Wissen, Krediten, Kooperations- und Vermarktungsmöglichkeiten begründet er damit, dass die Erde das Allgemeingut aller Menschen sei. **Politisch betrachtet kommt das Privateigentum an den oben genannten Mitteln einer gesellschaftlichen Enteignung gleich.** Der zweite Grundsatz besteht für Lemke darin, durch neue Formen der Kooperation zu mehr Wohlstand für alle zu kommen. Als dritter Grundsatz fordert Lemke den gerechten Preis anstelle der Preisverzerrungen durch eine «planwirtschaftliche Preispolitik». Denn die bei uns tiefen Preise für Lebensmittel haben in den nicht kostendeckenden Produzentenpreisen hier bzw. in den Hungerlöhnen der Bäue-

rinnen und Bauern anderswo ihre Kehrseite. Im vierten Grundsatz beschreibt Lemke eine «Weltagrarpolitik einer deglobalisierten, lokalen Nahrungsproduktion». Sie sei «kein Rückfall in die provinzielle Selbstversorgung im Rahmen einer nationalstaatlichen Souveränität. Sie macht im Gegenteil eine intensive globale Kooperation und internationale Politik erforderlich, sowohl um globale Wirtschaftsregeln zu vereinbaren, als auch um ein «globales» Wirtschaftsgeschehen zu koordinieren» (S. 134).

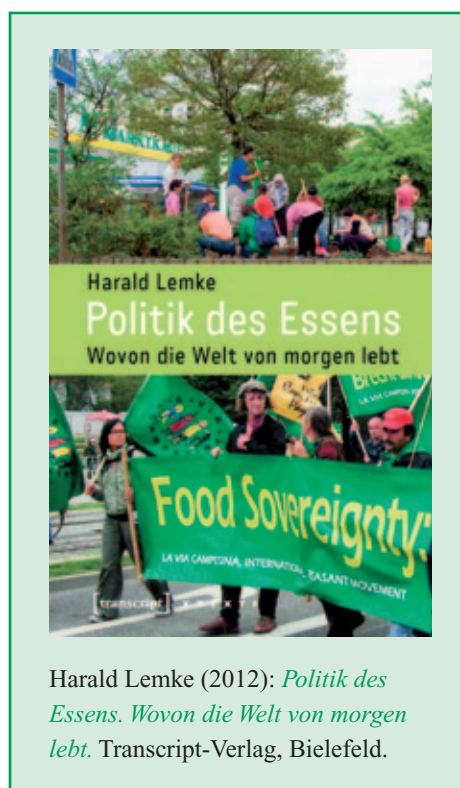
Joseph Beuys hat bereits in den 1970er Jahren als künstlerisch-politische Aktion Bäume gepflanzt oder vor einer Galerie Kartoffeln angebaut. Das Gärtnern als politische Aktion wurde in den letzten Jahren auch von jungen Menschen in den Städten neu entdeckt. Lemke begegnet dieser Bewegung des *Urban Gardening* mit Hochachtung und begrüsst sie im Sinne einer politischen Gastrosophie: als Ort der Reflexion und Veränderung. Am Beispiel der internationalen Bewegung *Slowfood* beschreibt Lemke **die Politik des Essens als eine Politik, die nicht um die Macht kämpft, und meint damit, dass wir beim Essen politisch handeln, ohne je ein Amt inne zu haben.**

Unbeantwortete Fragen

Auffällig ist, dass Lemke vor allem die Stadt im Blick hat. Die Hälfte der Menschheit lebt jedoch immer noch in einem ländlichen Umfeld. Den Untertitel des Buches – «Wovon die Welt von morgen lebt» – ernst nehmend, hätten mich konkrete Fragen nach einer den Menschen und der Umwelt gerecht werdenden Land-, Verarbeitungs- und Handelswirtschaft interessiert. Wie viel und welche Art der Industrialisierung, der Privatisierung oder der Schaffung von Gemeingütern ist für die Ernährung von acht Milliarden Menschen notwendig und mit dem Konzept der Ernährungssouveränität vereinbar? Wie werden Preise gebildet? Wer definiert Fairness im Handel? Die Empfehlungen von Lemke sind nach seiner klugen Analyse unbefriedigend. **Denn biologische Lebensmittel kann man auch mit Ausbeutung von Mensch und Natur produzieren. Fairtrade ist nicht per se gut, sondern wirft neue Fragen auf:** Sind die Bäuerinnen und Bauern durch die Ausrichtung auf den Weltmarkt nicht einseitig vom Export abhängig und vernachlässigen die lokale Selbstversorgung? Ist *Fairtrade* immer mit Ernährungssouveränität kompatibel? Profitieren auch die Ärmsten davon, oder können sie sich die Kos-

ten für die Qualitätssicherung und -kontrollen gar nicht leisten?

Beim Alltag des Essens anzupacken ist zwar sympathisch. Ich frage mich aber, ob die Forderungen von Lemke nach einem Verbot von «Spekulation mit Lebensmitteln, *Landgrabbing*, Patenten auf Saatgut, Gentechnik, Agrotreibstoffen, grossindustrieller Fleischproduktion, Werbelügen und Verbrauchertäuschungen» damit umgesetzt werden können. Das Gleiche gilt für die Empfehlung einer «Finanztransaktionssteuer» oder einer der UNO angegliederten «ethischen Tafelrunde». Das sind alles sinnvolle Ideen – wie sie umgesetzt werden können, wird leider nicht ersichtlich. Harald Lemke ist zwar ein guter Kenner der marxistischen Theorien und der ökonomischen Literatur. Mir fehlt aber im Buch eine tiefere Analyse der Folgen, die eine Übernahme der industriellen Logik in der Land- und Ernährungswirtschaft mit sich bringt. Das Gleiche gilt für die Supermarktlogik. Wie wirken diese Entwicklungen auf die Bäuerinnen und Bauern bzw. auf ihre Arbeit zurück? Obschon Lemke die Lohnabhängigkeit kritisiert, kommt sein Subsistenzansatz nie so richtig zum Zug. **Obwohl er eine Politik von unten beschreibt, scheint doch alles letztlich übers Geld zu laufen.** Warum traut er der nicht geldvermittelten Subsistenzökonomie nicht mehr zu? Steht ihm da allenfalls doch sein marxistischer Ansatz im Wege?



Das Buch ist streckenweise wie ein wenig begründetes Plädoyer geschrieben. Manches wird einfach behauptet, und offensichtliche Konflikte werden nicht angesprochen oder diskutiert. Hier bräuchte es mehr Bodenhaftung. Bei aller Kritik ist «Politik des Essens» dennoch sehr zu empfehlen, denn es bietet einen wichtigen Beitrag zu einer philosophischen Diskussion und bezieht klar Stellung für eine Landwirtschaft, die den Bäuerinnen und Bauern, und letztlich allen Essenden, zugutekommt. Und es sensibilisiert uns dafür, dass Essen nicht einfach eine private Angelegenheit ist, sondern weitreichende soziale und wirtschaftliche Aspekte hat und durchaus politisch zu verstehen ist. ●

Impressum

Kultur und Politik erscheint im 67. Jahrgang

Vierteljahresschrift

Herausgeberin ist das Bioforum Schweiz

Die Geschäftsstelle des Bioforums hat gewechselt

Neu: Daniela Weber
Im Obstgarten 7, 8479 Altikon
Telefon 079 380 31 14
Fax 044 302 89 20
daniela.weber@bioforumschweiz.ch

Redaktion: Markus Schär, Wendy Peter, Nikola Patzel, Werner Scheidegger
redaktion@bioforumschweiz.ch

Redaktionskommission:
Claudia Capaul, Christian Gamp, Nikola Patzel, Wendy Peter, Markus Schär, Werner Scheidegger, Jakob Weiss

Fotos: Siehe Quellenangaben

Inserate:
Telefon 079 380 31 14 (Geschäftsstelle),
inserate@bioforumschweiz.ch

Mitgliederbeitrag inkl. Abo:
Sfr. 60.– bis 100.– / 50 bis 90 Euro
Auslandsabo ohne Mitgliedschaft:
40 Euro

Layout und Druck:
Druckerei Schürch AG, Huttwil

Redaktionsschluss für K+P 1/13:
15. Februar 2013

Für aktuelle Infos:
www.bioforumschweiz.ch